

DAS BAUWERK DER DEMOKRATIE



Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Paulskirche als politisches Symbol

Deutsche Bank Stiftungsgastprofessur
„Wissenschaft und Gesellschaft“ 2023

Öffentliche Vortragsreihe
an der Goethe-Universität

Sommersemester 2023
Jeweils 18 Uhr (c.t.)

Veranstaltungsort:
Goethe-Universität
Campus Westend
Hörsaalzentrum HZ 3
Theodor-W.-Adorno-Platz 5
Frankfurt am Main
(falls nicht anders
angegeben)

Öffentliche Veranstaltung
Eintritt frei

Weitere Informationen:
normativeorders.net

Eine Veranstaltung des Forschungszentrums Normative Ordnungen der Goethe-Universität Frankfurt, im Rahmen der Deutsche Bank Stiftungsgastprofessur „Wissenschaft und Gesellschaft“, unter Federführung von Prof. Dr. Nicole Deitelhoff und Prof. Dr. Rainer Forst

NORMATIVE ORDERS

Forschungszentrum der Goethe-Universität Frankfurt am Main

GOETHE
UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN



Programm

- 3. Mai 2023**
18 Uhr (c.t.)
HZ 3 Prof. Dr. Till van Rahden (Université de Montréal)
„Eine neue Welt voll Wunder“:
Demokratische Lebensformen in Zeiten der Revolution
- 7. Juni 2023**
18 Uhr (c.t.)
HZ 3 Prof. Dr. Andreas Fahrmeir (Goethe-Universität Frankfurt)
Demokratie, Nation und Europa – damals und heute
- 21. Juni 2023**
18 Uhr (c.t.)
HZ 3 Prof. Dr. Sabine Freitag (Universität Bamberg)
Die Paulskirche und die Herausforderung
demokratischer Erinnerung
- 28. Juni 2023**
18 Uhr (c.t.)
HZ 3 Prof. Dr. Tine Stein (Universität Göttingen)
Grundrechte und demokratische Gründungen
im Lichte der Paulskirche
- 5. Juli 2023**
18 Uhr (c.t.)
HZ 3 Prof. Dr. Mirjam Wenzel (Jüdisches Museum Frankfurt)
Wer wählt? Wer spricht? Wer setzt sich durch?
Zum Spannungsverhältnis zwischen Repräsentation
und Partizipation in der deutschen Demokratieggeschichte
- 12. Juli 2023**
18 Uhr (c.t.)
Paulskirche
Frankfurt Podiumsdiskussion:
Das Bauwerk (bzw. die Baustelle) der Demokratie
Peter Cachola Schmal (Deutsches Architekturmuseum),
Prof. Dr. Nicole Deitelhoff (Goethe-Universität, Normative Orders, PRIF),
Prof. Dr. Rainer Forst (Goethe-Universität, Normative Orders),
Mike Josef (Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main),
Volker Kauder (ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages),
Staatsministerin Claudia Roth (Staatsministerin für Kultur und Medien)

Moderation: Rebecca Caroline Schmidt
(Goethe-Universität, Normative Orders)

Das Bauwerk der Demokratie. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Paulskirche als politisches Symbol

Im Sommersemester 2023 findet im Rahmen der von der Deutschen Bank finanzierten Stiftungsgastprofessur „Wissenschaft und Gesellschaft“ eine Vorlesungsreihe über „Das Bauwerk der Demokratie. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Paulskirche als politisches Symbol“ statt. Die Federführung liegt bei Prof. Dr. Nicole Deitelhoff und Prof. Dr. Rainer Forst (Goethe-Universität Frankfurt am Main).

Deutschland ist nicht reich an Orten, die eine Geschichte der Demokratie erzählen können. Die Paulskirche ist nicht nur ein solcher Ort unter anderen, sie ist das in dieser Hinsicht symbolträchtigste deutsche Bauwerk. An ihm lassen sich, gleichsam als Wahrheitsschichten, die historischen Zäsuren ablesen, die es zum Denk- und Mahnmal zugleich machen: 1848 kam hier das erste gewählte Parlament zusammen, das es sich zur Aufgabe machte, eine demokratische Nation zu gründen, und das nach vielen Debatten und Kompromissen 1849 eine Verfassung für eine grundrechtlich verankerte konstitutionelle Monarchie mit zwei gesetzgebenden Kammern beschloss, die aber an den Kräfteverhältnissen der damaligen Zeit, besonders den Machtansprüchen Preußens und Österreichs, scheiterte; der preußische König wies die ihm angetragene Krone als „aus Dreck ... gebacken“ zurück. Was als Revolution begann, wurde durch die Reaktion zerrieben, zuletzt durch das Militär. Beides lebte fort – sowohl die Traditionen von autoritärem Staatsverständnis und antidemokratischem Nationalismus als auch die fortschrittlichen Formulierungen der Grundrechte und die Idee der Volkssouveränität. Die Paulskirche ist ein dialektischer politischer Ort: Sie zeugt von den Versuchen demokratischer Anfänge und Gründungen wie auch vom Scheitern derselben, ohne dass die Hoffnung, es möge einst gelingen, ausgelöscht werden konnte. Sie ist, wie Bundespräsident Theodor Heuss einmal sagte, „Herberge deutscher Hoffnung und Schaubühne deutscher Tragik“.

Es sollte bis nach dem Ersten Weltkrieg dauern, dass in Deutschland ein neuer demokratischer Versuch gemacht wurde. Das 75-jährige Jubiläum der Nationalversammlung wurde 1923 im Beisein von Reichspräsident Friedrich Ebert im Zeichen eines republikanischen Selbstverständnisses gefeiert, das in Deutschland erst noch wachsen sollte, und es wurde der „Geist der Paulskirche“ für die Weimarer Republik beschworen.

1933 fand auch dieser Versuch der Gründung einer dauerhaften deutschen Demokratie sein Ende. Die Feinde der Demokratie versuchten, die Tradition der Paulskirche im „nationalen Geist“ zu redefinieren, während das Regime, das sie schufen, Deutschland und die Welt verwüstete. Die Menschheitskatastrophe, die dies auslöste, hinterließ ihre Narben auch an dem Gebäude, das 1944 zur Ruine wurde.

Wieder war ein Neubeginn nötig, der im demokratischen Geiste erfolgen sollte, und wieder war es die Paulskirche, die dabei eine besondere Rolle spielte, auch als möglicher Sitz eines Parlaments. Vielerdiskutiert schon damals, wurde beim Wiederaufbau, der 1948 abgeschlossen wurde, auf eine historische Rekonstruktion verzichtet. Der Entwurf von Rudolf Schwarz verwandelte die Kirche von 1830 (die als protestantisches Haus an der Stelle der alten Barfüßerkirche errichtet worden war) in ein Bauwerk der Moderne, das symbolisch sowohl die Erinnerung an die dunkle Zeit des Nationalsozialismus bewahren als auch das Streben nach heller, demokratischer Transparenz darstellen sollte, als Ort, in dem „kein unwahres Wort möglich“ (Schwarz) sein könnte.

In dieser Gestalt ist die Paulskirche, die der amerikanische Präsident John F. Kennedy bei seinem Besuch 1963 als „Wiege der deutschen Demokratie“ bezeichnete, zu einem festen Punkt im politischen Leben der Bundesrepublik nach 1949 geworden. Als Verleihungsort des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels sowie des Goethe- und des Adorno-Preises war sie der Ort großer, auch kontroverser Reden, von der Rede Thomas Manns 1949, der das Ressentiment seiner Gegner ob seines Engagements gegen das Naziregime direkt angriff, bis hin zu der Friedenspreisrede von Martin Walser 1998, deren Bezug auf die deutsche Geschichte zu vehementer Kritik, nicht nur seitens der jüdischen Gemeinde, führte. Die Paulskirche ist der Ort solcher Kontroversen, die an den Kern der Demokratie in Deutschland rühren.

Entsprechend ging auch der Epochenwandel 1989/90 nicht spurlos an der Kirche vorbei, war sie doch in jenen Jahren der Ort für umfassende Diskussionen einer neuen Verfassung für das vereinte Deutschland, die allerdings nicht zur Grundlage einer demokratischen Neugründung wurde. Die Paulskirche ist, wie Bundespräsident Joachim Gauck sagte, der „Ort für mutige Träume“.

Die Paulskirche ist mithin der Ort der dialektischen, nicht abgeschlossenen deutschen Demokratieggeschichte. Hier kommen demokratische Erinnerung und Mahnung, an Aufbruch und Scheitern, Hoffnung und Zerstörung, kurz all das zusammen, was zu einem demokratischen Bewusstsein gehört. Die Paulskirche als Bauwerk symbolisiert auf einzigartige Weise, dass die Demokratie selbst ein Bauwerk ist, dessen Fundamente nicht als endgültig gesichert anzusehen sind, sondern deren Grund, Aufbau und Fortentwicklung immer wieder kollektiv neu bestimmt werden müssen.

Dies wirft das Licht auf die Diskussionen der Gegenwart. Im Zuge des anstehenden 175-jährigen Jubiläums der Nationalversammlung im Mai 2023 wird eine breite gesellschaftliche Debatte zur symbolischen Zukunft der Paulskirche geführt, an der neben der Stadt auch das Land Hessen sowie der Bund, insbesondere durch das Engagement von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Staatsministerin Claudia Roth (sowie vormals Monika Grütters), teilnehmen. Ziel ist, die Paulskirche in den kommenden Jahren zu sanieren, ihre Gestaltung zu überdenken und durch den Bau eines „Hauses der Demokratie“ zum nationalen Erinnerungs- und Diskursort zu machen. Konzeptionelle Vorschläge dafür wurden von einer unabhängigen nationalen Expert*innenkommission unter Vorsitz von Volker Kauder erarbeitet (Prof. R. Forst ist dort Mitglied) und jüngst vorgestellt; das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und seine Direktorin Prof. N. Deitelhoff haben im Auftrag der Stadt bereits eine Konzeptstudie für das Haus der Demokratie erarbeitet.

Die Vortragsreihe „Das Bauwerk der Demokratie“ möchte einen Beitrag zu der aktuellen Debatte liefern, indem sie die damit verbundenen Themen in 5 Vorträgen und einer abschließenden Podiumsdiskussion beleuchtet. Neben konkreten Auseinandersetzungen

mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Frankfurter Paulskirche soll die Vortragsreihe auf grundsätzliche Weise die Fragen aufgreifen, die dieser Ort der Demokratiegeschichte an uns stellt.

Die Organisation der Reihe übernimmt das Forschungszentrum Normative Ordnungen.

Die Deutsche Bank Stiftungsgastprofessur „Wissenschaft und Gesellschaft“

Die Deutsche Bank Stiftungsgastprofessur „Wissenschaft und Gesellschaft“ findet seit 1988 jährlich statt und zählt damit zu einer der ältesten und bekanntesten Gastprofessuren in Deutschland. Ziel der Gastprofessur ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern, indem renommierte internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Fachrichtungen an die Goethe-Universität eingeladen werden.

Im Rahmen der Stiftungsgastprofessur wird in einer Vortragsreihe ein für die Gesellschaft relevantes Thema in den Fokus gerückt. Die vom jeweils ausrichtenden Lehrstuhl berufenen Gastprofessor*innen dürfen dabei nicht nur ihre Fachexpertise einbringen, sondern sollen auch den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fördern. Sie halten öffentliche Vorträge und bringen sich aktiv in den Diskurs mit Wissenschaftler*innen der Goethe-Universität ein.

Indem sie den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stärkt, leistet die Stiftungsgastprofessur einen Beitrag dazu, die Erkenntnisse der Wissenschaft für die Gesellschaft greifbarer zu machen. Sie ist damit auch ein Beispiel für die Verantwortung von Unternehmen und Stiftungen, die Wissenschaft und Bildung unterstützen sowie sich für eine bessere Zukunft engagieren.

In der Vergangenheit reichten die Themen von „The end of modernity“ im Jahr 1988 über „Changes in Eastern Europe“ (1992/93) bis hin zu „Finanzkrisen“ (2000) und „Zukunft der Energie“ im Jahr 2019.

Im kommenden Jahr wird sich die Reihe dem „Ursprung der Materie: Wie entstehen Elemente im Universum?“ widmen (Organisation: Prof. Dr. Rischke).

3. Mai 2023
18.15 Uhr
HZ 3

Prof. Dr. Till van Rahden

(Deutschland- und Europastudien, Université de Montréal)

„Eine neue Welt voll Wunder“:
Demokratische Lebensformen
in Zeiten der Revolution

Die Revolution von 1848 ist ein Schlüsselmoment in der Geschichte des Parlamentarismus. Zugleich ist sie mehr: Sie ist die Geburtsstunde einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Der Blick auf die Erfahrungen von Frauen, Juden und dem „einfachen Volk“ zeigt, dass bereits 1848 die Demokratie nicht nur als eine Herrschafts-, sondern auch als eine Lebensform galt. Erst wenn „das politische Leben“, notierte etwa Ludwig Bamberger im August 1848, „die Weise der Volkstümlichkeit“ annehme, könne die parlamentarische Demokratie Wurzeln schlagen. Frauen und Männer hätten dabei die gleichen Rechte und Pflichten, so der jüdische Revolutionär, der die Debatten in der Paulskirche für die „Mainzer Zeitung“ kommentierte. Das „öffentliche Leben“ in einer Demokratie beruhe auf dem „Zusammenleben und Zusammenfühlen beider Geschlechter“. Auch in der späteren Erinnerung an die „Märzereignisse“ blitzte häufig ein Gespür dafür auf, dass die parlamentarische Demokratie nicht in der Luft hängt, sondern demokratische Lebensformen voraussetzt. Die drängende Frage unserer Gegenwart, was die Demokratie am Leben hält, wie es möglich ist, ihre sozialen und kulturellen Voraussetzungen zu erhalten und einen demokratischen Geist zu pflegen, begleitet das Wagnis der parlamentarischen Demokratie seit seiner Entstehung.



Foto: © Stefanie Wetzel

Till van Rahden, geb. 1967, ist Professor für Deutschland- und Europastudien und lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Université de Montréal, wo er von 2006 bis 2016 den Canada Research Chair in German and European Studies innehatte. Zugleich ist er Adjunct Research Professor an der Carleton University in Ottawa. Zur Zeit forscht er als Mercator-Fellow am Sonderforschungsbereich SFB 1482 „Humandifferenzierung“ an der Universität Mainz. 1999 schloss er seine Dissertation an der Universität Bielefeld ab, die mit dem „Fraenkel-Preis in neuerer Geschichte“ ausgezeichnet und später als *Jews and other Germans. Civil Society, Religious Diversity and Urban Politics* in Breslau, 1860-1925 (Madison 2008) publiziert wurde. Als Fellow war Till van Rahden in den vergangenen Jahren u. a. am „Leibniz Institut für Europäische Geschichte“ in Mainz, dem „Institut für die Wissenschaften vom Menschen“ in Wien sowie am Forschungskolleg Humanwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt in Kooperation mit der Werner-Reimers-Stiftung tätig. Zuletzt erschienen: *Demokratie. Eine gefährdete Lebensform* (Frankfurt/M. 2019) und *Vielheit. Jüdische Geschichte und die Ambivalenzen des Universalismus* (Hamburg 2022).

7. Juni 2023
18.15 Uhr
HZ 3

Prof. Dr. Andreas Fahrmeir
(Neuere Geschichte, Goethe-Universität Frankfurt)

Demokratie, Nation und Europa – damals und heute

Die Revolutionen von 1848 verbanden sich mit der Hoffnung auf eine europäische Friedensordnung auf demokratischer Grundlage und der auf die Erfahrung der Revolution von 1789 gründenden Sorge, an eine Revolution könne sich erneut eine Folge großer Kriege anschließen, die durch konkurrierende Ansprüche auf Territorien und etablierte Feindbilder gespeist würden. Überhaupt war die Frage, wie sich die Vorstellung, Europa solle aus kooperierenden Nationalstaaten bestehen, mit der Realität multinationaler Imperien zur Deckung zu bringen sein könnte. Daher erwies sich die Revolution nicht zuletzt als Bewährungsprobe für die Interaktion europäischer Erfahrungen, nationaler Sonderwege, historischer Ansprüche und militärischer Macht:

Die Kriege in Italien und Dänemark, die englische Furcht vor einer kontinentalen Invasion, oder die Enttäuschung der polnischen und tschechischen Nationalbewegung über das Ausbleiben der erwarteten deutschen Unterstützung sind bekannte Beispiele dafür. Diese Folge der Vorlesung fragt daher nach konkurrierenden Nationskonzepten im Spannungsfeld zwischen Demokratisierung, Pluralität, Subsidiarität und Großmachtphantasien – zunächst für den Zeitraum zwischen 1848 und 1851, dann nach möglichen Einsichten für die Gegenwart.



Foto: © Felicitas von Lutzau

Andreas Fahrmeir, geb. 1969, ist seit Oktober 2006 Inhaber der Professur für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts am Historischen Seminar der Goethe-Universität. Zuvor studierte er dort von 1989 bis 1994 die Fächer Mittlere und Neuere Geschichte, Geschichte der Naturwissenschaften und englische Philologie. 1997 wurde er in Cambridge promoviert und arbeitete im Anschluss am Deutschen Historischen Institut London. 2002 habilitierte sich Prof. Fahrmeir an der Goethe-Universität und war dort bis 2004 Heisenberg-Stipendiat der DFG. Von 2004 bis 2006 hatte er die Professur für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität zu Köln inne. Im Jahr 2009 war Fahrmeir Fellow des Forschungskollegs Humanwissenschaften der Goethe-Universität in Kooperation mit der Werner-Reimers-Stiftung. Er forscht zur Migration und Migrationskontrolle, über die europäischen Eliten, die Politik- und Kulturgeschichte der europäischen Monarchien sowie über Entstehung und Wandel normativer Ordnungen. Zudem gewann er über die Jahre diverse Preise, u. a. den „Thirlwall Prize“ und die „Seeley Medal“ von der Faculty of History der University of Cambridge.

21. Juni 2023
18.15 Uhr
HZ 3

Prof. Dr. Sabine Freitag

(Neuere und Neueste Geschichte, Universität Bamberg)

Die Paulskirche und die Herausforderung demokratischer Erinnerung

Wenn gegenwärtig zur 175-Jahr-Feier der Deutschen Revolution von 1848/49 die Stadt Frankfurt am Main als „Hauptstadt der Demokratie“ gefeiert wird und damit die Forderung verbunden ist, ein der Zukunft zugewandtes „Haus der Demokratie“ zu errichten, dann leitet sich dieser Anspruch vor allem von den insgesamt 236 Sitzungen ab, zu denen das erste gesamtdeutsche Parlament von Mai 1848 bis Mai 1849 in der Stadt zusammengetreten ist. Es steht außer Frage, dass die hohe Expertise dieser Nationalversammlung und ihre beachtliche Debattenkultur als erinnerungswürdig gelten darf: Allgemeine Wahlen, Abschaffung der Todesstrafe und Judenemanzipation wurden hier ebenso beschlossen wie die endgültige Bauernbefreiung, das Recht auf Auswanderung und freie Assoziationsbildung. Doch die Paulskirche verkörpert weder die ganze Revolution von 1848/49, noch steht sie für eine schattenlose deutsche Demokratiegeschichte. Nur ein knappes Fünftel ihrer Mitglieder setzte sich für die Einführung einer demokratischen Republik im heutigen Sinne ein. Als es dann im Frühjahr 1849 darum ging, die neue Reichsverfassung und den darin verankerten Grundrechtskatalog auch gegen den Widerstand der Fürsten konsequent durchzusetzen, schrumpfte die Zahl derer, die dazu bereit waren, sichtlich zusammen. Mit ihrem außerparlamentarischen Kampf für Demokratie und Republik hat sich die deutsche Erinnerungskultur in der Vergangenheit deutlich schwerer getan als mit ihrer Erinnerung an die Paulskirche. Nun scheint es aber, dass in Zeiten, in denen moderne Demokratien selbst angegriffen und bedroht werden und der Begriff einer „wehrhaften Demokratie“ ohne die Vorstellung eines demokratischen Engagements vieler Bürger und Bürgerinnen nicht denkbar ist, auch die couragierten „radikal-demokratischen“ Verlierer von 1849 bewusst aufgewertet werden. Die Vorlesung geht den unterschiedlichen Freiheitsvorstellungen der revolutionären Akteure innerhalb und außerhalb des Parlamentes nach, fragt nach der Notwendigkeit, den Kosten und den Grenzen demokratischen Engagements und überlegt, wie sich die politischen Divergenzen, Widersprüche und Brüche einer aus vielen Gründen gescheiterten Revolution trotzdem in eine lebendige demokratische Erinnerungskultur einbringen lassen.



Foto: privat

Sabine Freitag, geb. 1962, hat seit 2012 den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte unter Einbeziehung der Landesgeschichte an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg inne. Sie studierte Mittlere und Neuere Geschichte, Germanistik sowie Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt und in Rom. 1995 wurde Prof. Freitag in Frankfurt mit dem Thema „Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners“ promoviert und ging 1996 für sechs Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Deutsche Historische Institut in London. Von 2003 bis 2007 arbeitete sie am Historischen Seminar der Universität zu Köln im DFG-Schwerpunktprogramm Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Im Jahr 2009 habilitierte Prof. Freitag in Köln mit dem Thema „Science and Citizenship. Kriminalität, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in England, 1830–1945“. Es folgten Lehraufträge und Lehrstuhlvertretungen an verschiedenen Universitäten (Universität Köln, Goethe-Universität Frankfurt, Ludwig-Maximilians-Universität München und Christian-Albrechts-Universität zu Kiel). Seit Oktober 2021 ist Prof. Freitag zudem Prodekanin der Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften an der Universität Bamberg.

Ihre Forschungsschwerpunkte liegen u. a. auf der deutschen, britischen und amerikanischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, der Geschichte der europäischen Revolutionen 1848/49 sowie der Wissenschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

28. Juni 2023
18.15 Uhr
HZ 3

Prof. Dr. Tine Stein

(Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Göttingen)

Grundrechte und demokratische Gründungen im Lichte der Paulskirche

Mit der Paulskirchenverfassung fing es an: die Geschichte der Grundrechte in Deutschland. Auch wenn es der preußische König Friedrich Wilhelm IV. 1849 vorzog, lieber ein Kreuz auf die Kuppel des Berliner Stadtschlusses zu setzen, als sich die Kaiserkrone aufsetzen und damit die Verfassung einer konstitutionellen Monarchie in Geltung kommen zu lassen, kam der Grundrechtsteil der Paulskirchenverfassung dann doch noch in der Weimarer Verfassung weitgehend zur Wirksamkeit, und auch das Grundgesetz und die Länderverfassungen orientieren sich an diesem. Aber von einer demokratischen Gründung konnte in der Paulskirchenversammlung nicht die Rede sein. Erst mit der Weimarer Republik kam „dem deutschen Volke“ die Souveränität im Staat zu. Dass es in der Demokratie nicht nur einer guten Verfassung bedarf, sondern auch guter Bürgerinnen und Bürger, die diese in Zeiten der Krise zu verteidigen wissen, erwies sich dann mit dem Aufkommen der nationalsozialistischen Bewegung, deren „Machtergreifung“ das Hinabstürzen zum Nullpunkt nicht nur des Konstitutionalismus, sondern überhaupt der Zivilisation einleitete. Der Parlamentarische Rat zog daraus die Konsequenzen und verankerte 1949 im Grundgesetz Menschenwürde und Grundrechte, die fortan alle staatliche Gewalt binden sollten. Als dann nach der friedlichen Revolution in der DDR 1989/90 Stimmen für eine neue gesamtdeutsche Verfassung laut wurden, konnten sich diese angesichts der Erfolgsgeschichte des Grundgesetzes nicht durchsetzen. Ob hier ein Gründungsmoment einer vereinigten deutschen Bürgerschaft verpasst wurde – darüber kann man streiten. Aber immer deutlicher wird, dass die Grundrechte heute der Weiterentwicklung bedürfen, damit auch zukünftige Generationen noch in Freiheit und demokratisch verfasst leben können.

Die Vorlesung spannt diesen Bogen von Frankfurt über Weimar und Bonn hin zur Berliner Republik mit einem Augenmerk auf die ethischen Verpflichtungen, die den Mitgliedern einer demokratischen Bürgerschaft aus den Rechten erwachsen.



Foto: © Olaf Kosinsky (kosinsky.eu) | Lizenz: CC BY-SA 3.0-de

Tine Stein, geb. 1968, ist seit 2018 Inhaberin des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Georg-August-Universität Göttingen. Sie studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik an der Universität zu Köln und schloss 1990 mit dem Magisterexamen ab. Nach hauptamtlicher Tätigkeit für eine Bürgerinitiative arbeitete sie von 1991 bis 1996 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität Köln. Ebendort wurde sie 1996 promoviert. Danach war sie für ein halbes Jahr Visiting Scholar an der New School for Social Research in New York und anschließend wissenschaftliche Assistentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin, wo sie sich 2005 habilitierte. Während ihrer Habilitation ging sie der Frage nach, inwiefern an der Bibel orientiertes Denken auf Demokratie und Verfassung eine inspirative Wirkung entfaltet. Des Weiteren lehrte und forschte sie in den vergangenen Jahren an Universitäten in Kiel, Bremen, Hamburg und Berlin. Weitere Forschungs- und Lehraufenthalte führten Prof. Stein im Rahmen eines Heisenberg-Stipendiums der DFG an das Wissenschaftszentrum Berlin sowie an das Institut Michel Villey in Paris.

Ihr Forschungsgebiet erstreckt sich über den demokratischen Verfassungsstaat und die normativen Grundlagen dieser Ordnung vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen. Neben diesen Grundlagenfragen arbeitet sie vor allem zum Verhältnis von Politik, Recht und Religion sowie zu Politik und Natur. Zusätzlich dazu ist die ehemalige Aufsichtsrätin der Heinrich-Böll-Stiftung Mitglied des Beirats der „Zeitschrift für Politik“, Mitglied in der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung und berät die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der Katholiken im Rahmen des Synodalen Wegs.

5. Juli 2023
18.15 Uhr
HZ 3

Prof. Dr. Mirjam Wenzel

(Deutsch-Jüdische Kunst- und Kulturgeschichte,
Goethe-Universität Frankfurt; Jüdisches Museum Frankfurt)

Wer wählt? Wer spricht? Wer setzt sich durch? Zum Spannungsverhältnis zwischen Repräsentation und Partizipation in der deutschen Demokratiegeschichte

Im Frühjahr 1848 beschloss der Bundestag, dass ausschließlich deutsche Männer die Volksvertreter der Nationalversammlung wählen sollten – unabhängig von der Frage, welcher Religion sie angehörten. Dieser Beschluss prägte die Zusammensetzung des ersten gesamtdeutschen Parlaments, das wenig später in der Paulskirche tagte: Hier debattierten jüdische Abgeordnete mit antisemitischen Vertretern von Turn- und anderen Verbänden, liberale Republikaner mit nationalkonservativen Monarchisten. Die gewählten Volksvertreter gehörten damals ausschließlich bürgerlichen oder adeligen Gesellschaftsschichten an. Die breite Öffentlichkeit: Frauen, Arbeiter und Auszubildende erfuhren von ihren Diskussionen und Beschlüssen aus der Presse oder erkämpften sich einen Platz auf der Tribüne der Kirche, die ihnen offen stand.

Die Frage, wer wählen, Wähler*innen im Parlament repräsentieren und wer nicht an den institutionalisierten Debatten teilhaben kann, gehört bis heute zu den neuralgischen Punkten liberaler Demokratien. Deren Bedrohung geht indessen weniger von den Ausgeschlossenen, als vielmehr von den Eingeschlossenen und der Wirkmächtigkeit populistischer Reden und Gesten im Parlament selbst aus.

Der Vortrag geht auf diese neuralgischen Aspekte der liberalen demokratischen Ordnung ein und beleuchtet diese anhand von Texten jüdischer Autor*innen von 1848 bis heute.



Foto: © Sandra Hauer

Mirjam Wenzel, geb. 1972, studierte Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft, Politik- und Theaterwissenschaft in Berlin und Tel Aviv. Im Anschluss arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutsche Philologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und promovierte dort zum deutschsprachigen Holocaust-Diskurs der sechziger Jahre. Sie ist Autorin und Mitherausgeberin von Büchern und Ausstellungskatalogen zur deutsch-jüdischen Kunst- und Kulturgeschichte. Zu ihren Veröffentlichungen zählen Aufsätze, Essays und Blogbeiträge zu kulturtheoretischen, ästhetischen und museologischen Fragen, zur Repräsentation des Holocaust in Bildender Kunst, Fotografie und Film sowie zur Kritischen Theorie.

Neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit verantwortete Prof. Wenzel in den Jahren zwischen 2007 bis 2015 als Leiterin der Medienabteilung die Vermittlung jüdischer Geschichte und Kultur in digitalen und gedruckten Medien am Jüdischen Museum Berlin. Sie gilt seither als eine international anerkannte Expertin für Fragen der digitalen Transformation von Museen. Seit 2016 leitet sie zudem das Jüdische Museum Frankfurt. 2019 wurde sie zur Honorarprofessorin am Seminar für Judaistik der Goethe-Universität Frankfurt und im Wintersemester 2020/21 zur Gastprofessorin an der Bauhaus-Universität Weimar ernannt.

12. Juli 2023

18.15 Uhr

Paulskirche Frankfurt

Podiumsdiskussion

Das Bauwerk (bzw. die Baustelle) der Demokratie

Das 175-jährige Jubiläum der Nationalversammlung im Mai gibt Anlass für Diskussionen, die sich nicht nur um die künftige Gestalt des Bauwerks als Symbol der Demokratie drehen. Es wirft auch die Frage nach den Lehren auf, die die Geschichte der Paulskirche für alle enthält, die die Demokratie der Zukunft als „Baustelle“ ansehen, an der es zu arbeiten gilt, national und transnational. Diesen Fragen widmet sich dieses prominent besetzte Panel.

Teilnehmer*innen:

Peter Cachola Schmal (Deutsches Architekturmuseum)

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff (Goethe-Universität Frankfurt, Normative Orders, PRIF)

Prof. Dr. Rainer Forst (Goethe-Universität Frankfurt, Normative Orders)

Mike Josef (Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main)

Volker Kauder (ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages)

Staatsministerin Claudia Roth (Staatsministerin für Kultur und Medien)

Moderation:

Rebecca Caroline Schmidt

(Goethe-Universität Frankfurt, Normative Orders)



Peter Cachola Schmal ist Architekt, Kurator und Architekturpublizist. Seit 2000 ist er Kurator und seit 2006 leitender Direktor des Deutschen Architekturmuseums (DAM) in Frankfurt am Main.

Foto: Kirsten Bucher



Nicole Deitelhoff ist Professorin für Internationale Beziehungen an der Goethe-Universität Frankfurt, Leiterin des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie Direktorin des Forschungszentrums Normative Ordnungen.

Foto: Uwe Dettmar



Rainer Forst ist Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt und Direktor des Forschungszentrums Normative Ordnungen. Forst ist u.a. Mitglied der British Academy.

Foto: F.A.Z. Foto / Röth



Mike Josef (SPD) ist Mitglied des Stadtrats sowie Dezernent für Planen, Wohnen und Sport der Stadt Frankfurt. Am 26.03.2023 wurde er zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt gewählt. Das Amt wird er am 11.05.2023 antreten.

Foto: Stadt Frankfurt am Main



Volker Kauder (CDU) war von 2005 bis 2018 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag. Er ist Vorsitzender der Expert*innenkommission Paulskirche, die Empfehlungen zur Zukunft der Frankfurter Paulskirche erarbeitet hat.

Foto: Laurence Chaperon / CC BY-SA 3.0 DE



Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) ist Staatsministerin für Kultur und Medien und Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Von 2013 bis 2021 war sie Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

Foto: Sven Teschke / CC BY-SA 3.0 DE



Rebecca Caroline Schmidt ist Geschäftsführerin des Forschungszentrums Normative Ordnungen, der Forschungsinitiative ConTrust sowie des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Foto: Normative Orders

Eine Veranstaltung des Forschungszentrums Normative Ordnungen der Goethe-Universität Frankfurt, im Rahmen der Deutsche Bank Stiftungsgastprofessur „Wissenschaft und Gesellschaft“, unter Federführung von Prof. Dr. Nicole Deitelhoff und Prof. Dr. Rainer Forst.

Weitere Informationen:

normativeorders.net

Kontakt

Anke Harms
Forschungszentrum Normative Ordnungen
der Goethe-Universität Frankfurt
Max-Horkheimer-Str. 2
60323 Frankfurt am Main

E-Mail: office@normativeorders.net

